



Ein Signal für eine humanitäre Geflüchtetenpolitik – Solidarität mit den europäischen Nachbarn: Münster nimmt 100 aus Seenot gerettete Geflüchtete freiwillig auf
Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

11. September 2018

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Der Rat der Stadt Münster begrüßt die Erklärung mehrerer nordrhein-westfälischer Oberbürgermeister*innen und des Rates der Stadt Osnabrück, in kommunaler Verantwortung freiwillig Geflüchtete aufzunehmen, die aus Seenot im Mittelmeer gerettet wurden. Der Rat der Stadt Münster erklärt die Bereitschaft Münsters, ebenfalls in einer einmaligen Maßnahme bis zu 100 Geflüchtete freiwillig und zusätzlich aufzunehmen, die im Rahmen humanitärer Einsätze aus Seenot im Mittelmeer gerettet wurden.

Der Rat beauftragt den Oberbürgermeister, die hierzu notwendigen Vorbereitungen zu treffen und entsprechende Erklärungen gegenüber Bund und Land abzugeben. Der Rat geht dabei davon aus, dass für die Unterbringung der Geflüchteten vorhandene Kapazitäten genutzt werden können, die entweder frei sind oder die ansonsten geschlossen oder wegfallen würden. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsberatungen über Veränderungsblätter diejenigen Mittel in den Haushalt einzustellen, die sich aus dem Betrieb der Unterkünfte, für die Betreuung der Geflüchteten und für deren Unterstützung ergeben. Dabei werden diejenigen Standards zugrunde gelegt, die für die Unterbringung von Geflüchteten in kommunalen Unterkünften gelten.

Begründung:

Im Sommer 2018 hat sich – nicht zuletzt durch das Handeln der neuen italienischen Regierung – die humanitäre Krise im Mittelmeer weiter zugespitzt. Auf diese Lage haben mehrere nordrhein-westfälische Oberbürgermeister*innen, aber auch der Rat unserer Nachbarstadt Osnabrück reagiert, indem sich die Städte bereit erklärt haben, freiwillig und zusätzlich Geflüchtete aufzunehmen, die aus Seenot im Mittelmeer gerettet wurden.

Dieses Signal ist in mehrfacher Hinsicht wichtig – es dient der Unterstützung der Seenotrettung



und die Zusage zur Aufnahme Geretteter ermöglicht auch unter den schwierigen politischen Bedingungen, die Geflüchteten an Land zu bringen und auf andere EU-Staaten zu verteilen. Die Bereitschaft der Kommunen ist insofern ein aktives und wirksames Signal für eine an den Werten der Menschenwürde und der Humanität orientierte Geflüchtetenpolitik, die eine Katastrophe im Mittelmeer mit zahllosen Toten aktiv verhindern helfen kann. Dieses Signal richtet sich zugleich an die zahlreichen Helfer*innen und Organisationen, die mit hohem Einsatz eine humanitäre Katastrophe im Mittelmeer abzuwenden suchen. Zugleich ist es auch ein Signal an die europäischen Partnerländer – europäische Solidarität zeigt sich auch kommunal und vor Ort: Die Anrainerstaaten dürfen mit der Krise im Mittelmeer nicht alleingelassen werden.

Münster hat als Friedensstadt eine besondere Verantwortung, und unsere Stadt sollte in Gemeinsamkeit und Solidarität mit den Nachbarstädten, u. a. der Friedensstadt Osnabrück, aber auch mit den anderen nordrhein-westfälischen Städten handeln. Die Möglichkeiten dazu bestehen – es gibt derzeit freie Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten in unserer Stadt. Diese Möglichkeiten sollten für ein humanitäres Signal genutzt werden.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Ludger Steinmann

Stephan Brinktrine
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Petra Seyfferth
Robert von Olberg

